

NOVEMBER

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, SPÖ, AKS & ÖGB
Nr.35 1992 Preis öS 7,- Solidaritätspreis öS 10,-

HAIDER NEIN DANKE!

Haider spielt ein Doppelspiel - ein Populist, dessen politischen Aussagen man nicht für bare Münze nehmen kann. Im Sommer verkündete Haider, er werde die FPÖ als "Arbeitnehmerpartei" rechts von der SPÖ ("national" und "sozial") in der österreichischen Arbeiterschaft verankern. Wiesieht diese Verankerung aus?

AVANTI, ...) unterstützt. So sagte der Geschäftsführer des Mineralölkonzerns AVANTI gegenüber dem Wirtschaftsmagazin Trend: "Wir lassen Haider gelegentlich den Hubschrauber bei uns tanken." Solche Leute vertritt die FPÖ! Um das zu verschleiern, lenkt Haider ab, indem er sich z.B. plötzlich gegen

frage - um dann, wenn die Regierung nachgegeben hat, als strahlender Sieger hervorzutreten.

Die Ausländerfrage ist ein Lehrbeispiel für rechten Populismus, der Haider in Europa bekannt gemacht hat. Die Ausländer werden für alle Übel unserer Gesellschaft verantwortlich gemacht. In Wien gibt es Wohnungsnot. Wer ist schuld? Ist es der kurdische Flüchtling, der tau-



Egal mit welchem Gesicht - immer für die Kapitalisten!

In ganz Europa werden die Kosten der Wirtschaftskrise auf die Arbeiter abgewälzt, bei uns werden die Unternehmer dabei von der FPÖ kräftigst unterstützt. Als der Präsident der Bundeswirtschaftskammer forderte, den ersten Tag des Krankenstandes nicht mehr zu bezahlen, war die Haider-FPÖ die einzige Partei, die sich dafür aussprach. Die FPÖ ist eine Unternehmerpartei, die radikale Opposition spielt, aber sehr genau weiß, wohin sie gehört. Sie erhielt 1991 3,5 Milliarden Schilling von der BWK und wird von vielen Großkapitalisten (z.B. BrauAG,

den "EG-Anschluß" wendet, obwohl die FPÖ immer für den "Anschluß" war. Ein neues Ablenkungsmanöver stellt das Volksbegehren zum "Ausländerproblem" dar - als ob die ausländischen Arbeiter an den Problemen schuld wären. Die FPÖ macht nationalistische, rassistische und ausländerfeindliche Politik. Diese politische Nein-Strategie der FPÖ hat System: Haider stellt der Regierung (besonders der SPÖ, bei deren Wählern er auf Stimmenfang geht) jedesmal ein Ultimatum, wie z.B. bei den Diskussionen um die Nationalbank, EG und Ausländer-

INHALT:

| | |
|--------------------------|----|
| Rostock..... | 3 |
| Antifademo..... | 4 |
| SJ 3..... | 5 |
| SJ 6..... | 5 |
| Gewalt gegen Frauen..... | 6 |
| Finanzkrise..... | 7 |
| Japan..... | 8 |
| Notizen..... | 9 |
| EG..... | 10 |
| Marxismus aktuell..... | 11 |
| Unternehmerangriffe..... | 12 |
| Lohnrunde..... | 12 |
| Ö-Wirtschaft..... | 13 |
| Gewerkschaft..... | 13 |
| Wahl in Salzburg..... | 14 |
| Lehre..... | 14 |
| Lichtenstein..... | 15 |
| FPÖ-Volksbegehren..... | 15 |
| Verstaatlichte..... | 16 |

ROSTOCK

VORWÄR T S-Unterstützer/innen sind in vielen Gruppen der Sozialistischen Jugend aktiv. Einige Gruppen in Wien wurden von der SJ-Führung aufgelöst, andere mit einem "Bezirksbetreuer" versehen. Um die Zusammenarbeit zwischen diesen Gruppen zu verbessern und sich gegen neuerliche Angriffe gemeinsam zu wehren, haben Aktivist:innen dieser Gruppen die Kampagne "JUGEND FÜR SOZIALISMUS/ Aktion für eine sozialistische SJ" gegründet. Alle Gruppen treffen sich weiterhin regelmäßig, wenn auch teilweise unter erschwerten Bedingungen, um politische Arbeit zu machen.

WIR TREFFEN UNS:

SJ 3

Gruppe COMMUNE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 3, Zentrum Erdberg
Lechnerstr. 2-4

SJ 5 - aufgelöst/SJS
Wien 5

Gruppe ROTER STERN:
jeden Freitag 18 Uhr 30
Reinprechtsdorferstr.6

Gruppe FUNKE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Jugendzentrum, Wien 5
Grünwaldg.4

SJ 6

LINKE AKTIONSGRUPPE:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Wien 6, Wallg.4

SPÖ 20/ Themeninitiative Jugendarbeit

Gruppe SAJ:
jeden Mittwoch 19 Uhr, Sektion 17
Wien 20, Marchfeldstr.16-18/4

SJ 23

Gruppe OFFENSIV
jeden Dienstag 19 Uhr
Wien 23, Holzhütte
Sobotag./Purkyt.

SJ Salzburg
Gruppe AUFBRUCH:

jeden Freitag 19 Uhr im Pub Schnaitl
oder 19 Uhr 30 im Internationalen JZ
Gabelsbergerstr.17

SJ Feldkirch

Gruppe ROTE AKTION:
jeden 2. Samstag 18 Uhr
Busplatz Feldkirch/Vlb.

Fortsetzung von Seite 1:

sende Schilling für ein kleines Untermietzimmer zahlt? Oder sind es die Hausbesitzer und -verwalter, Spekulanten und Immobilienhändler, die sich eine goldene Nase verdienen? Verkehrte Welt. Übrigens: Für die FPÖ sitzt der Wiener Hausverwalter Hans Schöll im Parlament.

Die FPÖ entwickelt sich von der reinen Protestpartei hin zu einer Partei mit Strukturen. In Wien bricht sie in vormals SPÖ-Hochburgen ein. Die Zustimmung zum Anti-Ausländer-Volksbegehren ist unter den SPÖ-Wählern sehr hoch. In Zukunft wird die FPÖ noch stärker mit dem Thema Ausländer an die Öffentlichkeit gehen, Rechte und Rechtsradikale werden sich hinter Haider versammeln. Das große Kleinformat wird Haider weiter unterstützen. Es entsteht eine gewisse Dynamik. Die Politik, die Unterstützung gebracht hat, wird radikaler, offener und frecher. Wir müssen uns auf eine Welle rassistischer Politik einstellen.

Wer setzt der FPÖ und Haider etwas entgegen? Was hat Haider diese massive Unterstützung gebracht? Die sozialen Probleme, vor allem in Wien (Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit...), treiben Haider die Wähler zu. Um die FPÖ zu stoppen, ist ein sozialistischer Kurswechsel von SPÖ und ÖGB notwendig. Nur sofortige Maßnahmen wie z.B.

Arbeitszeitverkürzung, sozialer Wohnbau,... könne die sozialen Probleme, die Haider aufgreift, wirklich lösen. Was heißt das: In der SPÖ und in der Sozialistischen Jugend müssen sich alle Sozialisten zu einem linken Flügel zusammenfinden. Auf der Straße müssen wir Haider's Einfluß vor allem in der Jugend bekämpfen. Die FPÖ dient den Unternehmern, den Reichen und Mächtigen in Österreich, das wollen wir aufzeigen. Wir brauchen uns für das Wort Sozialismus nicht zu schämen - denn nur radikale sozialistische Politik kann die Haider-FPÖ zurückdrängen!

*Michael Gehmacher
aus der SJ ausgeschlossen*

Wie immer waren wir aktiv! Zeitungsverkauf, Kundgebungen und Infotische. Ein junger Arbeiter spendete 2.000 ÖS, eine VORWÄR T S-Unterstützerin 1.000 ÖS. Bei der europaweiten Demonstration in Brüssel nahmen wir 13.668 ÖS ein. Für die Anschaffung eines Computers, um VORWÄR T S zu professionalisieren ging bereits ein grosser Teil eurer Spenden drauf.

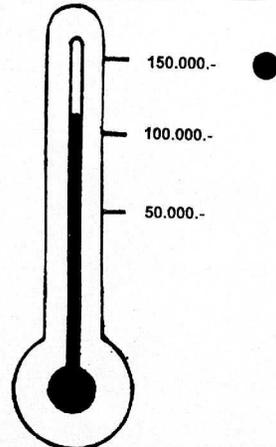
Da wir unser Ziel schon fast erreicht haben, haben wir beschlossen, unser Ziel auf 150.000 ÖS zu erhöhen. Jeder Schilling, den ihr spendet, ist wichtig, da wir keine großen Geldgeber haben, aber Geld brauchen, um erfolgreich für die Rechte der Lohnabhängigen zu kämpfen. 1.11.92. Die Redaktion



IMPRESSUM:

Eigentümer, Herausgeber und f.d.l.v.: Verein VORWÄR T S zur sozialistischen Demokratie, PF 2 1082 Wien

Druck: A.Riegelnik Piraristeng.19 1080 Wien
Erscheinungsort: Wien
Hergestellt aus Recycling-Papier



**SPENDENKONTO
PSK 8812.733**

In ganz Europa werden die Rechten stärker! Die Überfälle auf Flüchtlingsheime in Deutschland sind schon fast alltäglich. In jedem europäischen Land gibt es rechtsnationale Parteien. Es hat den Anschein, als würden Le Pen, Schönhuber, Haider & Co Schritt für Schritt alle politischen Institutionen unterwandern. Auch wenn diese Parteien von einer Mehrheit oft weit entfernt sind, haben sie trotz allem die Meinung der Gesellschaft und der Regierungsparteien beeinflusst.

Das Versagen der sozialdemokratischen Führungen in ganz Europa bei anstehenden sozialen Problemen erweckt unter den Arbeitnehmern Unsicherheit. Diese Tatsache nützen Nazis aus und leiten diese Unsicherheit in oft aggressive Ausländerfeindlichkeit um. Der Flüchtling oder Gastarbeiter muß als Sündenbock für die real existierenden Mißstände herhalten. Anstatt Antworten auf Probleme zu geben (z.B. Wohnungsnot - Enteignung der Spekulanten), schwenkt auch die sozialdemokratische Führung nach rechts ab. Wie z. B. in Deutschland, wo diese das Grundgesetz (Asylrecht) in Frage stellt.

Die Politik der Rechten hat sich in den letzten Jahren entscheidend verändert. Die Aktionen sind geplant, straff organisiert und werden von Teilen der Bevölkerung unterstützt. Die Anschläge Rechtsradikaler haben eine neue Qualität erreicht, die weder in ihrer Brutalität, noch in ihrer organisierten Durchführung früheren Ereignissen gleichen. Auch in Rostock wurden schon lange vor den Angriffen Flugblätter verteilt und Bürgerinitiativen gegründet ("Rostock bleibt Deutsch"). Der wirkliche Grund für die sozialen Probleme wurde verschleiert und den Ausländern die Schuld gegeben. Parteien wie die DVU (Deutsche Volksunion) spielten dabei eine führende Rolle.

Das Heim in Rostock bewohnten 300-500 Roma und Sinti - ein verschwindend kleiner Anteil der Bevölkerung. Viele Flüchtlinge hatten im Lager keinen Platz mehr und mußten auf der davorliegenden Wiese kampieren. Der Zugang zu den Toiletanlagen wurde ihnen verwehrt, da sie ja keine Heimbewohner waren. Somit blieb den Flüchtlingen nichts anderes übrig, als ihre "Geschäfte" im Park oder auf der Wiese zu verrichten.

Die zuständige Stadtverwaltung wurde mehrmals auf diese Probleme aufmerksam gemacht, doch weder CDU, SPD noch PDS unternahm irgendetwas gegen diese Mißstände.

Dazu kommt noch, daß gerade in Rostock und Umgebung die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist (20-57%). Weder ist die Infrastruktur (Freizeitmöglichkeiten) ausgebaut noch gibt es genügend Wohnungen. Die Wirtschaft Ostdeutschlands muß wettbewerbsfähig gemacht werden. Wieviele Arbeitsplätze dabei verloren gehen, spielt für Regierung und Unternehmer keine große Rolle. Im Gegenteil, wenn besonders viele Arbeit suchen, werden dadurch die Lohnkosten automatisch niedriger.

Ausländer, die den Kopf herhalten müssen. Die Polizei spielte bei diesen Anschlägen wieder einmal eine bezeichnende Rolle. Sie kam zu spät, überhaupt nicht oder sie gab sich hilflos. Bei der einige Tage später stattfindenden Gegendemo (an der übrigens mehr als 10.000 teilnahmen), war sie aber alles andere als schwach und hilflos. Über 3000 Polizisten und Bundesgrenzschutz waren angetrückt; die anreisenden Demonstranten wurden peinlichst genau durchsucht und es gab auch zahlreiche Verhaftungen, die z. B. mit Besitz von Feuerzeugen (!) begründet wurden. Dem Staat ist es natürlich lieber, wenn die Massen Flüchtlinge angreifen, anstatt ihn selbst. Gerade jetzt ist es besonders wichtig, sich



Durch diese bedrückende Situation haben es Rechtsradikale und Nazis besonders leicht, Stimmung in der Bevölkerung zu machen. Aber auch die Medien sind voll von (unterschwelliger) Ausländerfeindlichkeit. Aus ganz Deutschland und auch Österreich (durch Gottfried Küssel) wurden Nazis und Skinheads zusammengetrommelt, die den harten Kern der Angreifer bildeten. Aber auch Teile der Bevölkerung haben sich am Überfall auf Flüchtlingsheime beteiligt. Aufgehetzt durch die Parolen der Rechtsradikalen hofften sie, so ihre Probleme zu lösen. Erst wenn die Arbeiterorganisationen wirkliche Lösungen bieten, kann man dadurch dem rechten Lager den Boden entziehen. Viele meinen auch, daß die Flüchtlinge nicht schuld an den Problemen sind, sondern die Regierung in Bonn. Da das Flüchtlingslager aber zum "Angriffen" nahe und Bonn so weit entfernt ist, sind es

aktiv am antifaschistischen Kampf zu beteiligen. Wir müssen klar aufzeigen, daß die Antworten der Nazis nur Scheinantworten sind und auch Rechtspopulisten wie Haider, eine arbeiterfeindliche Politik betreiben. Nur durch starke Gewerkschaften und Arbeiterparteien können Lohnforderungen und Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt werden. Nazis dagegen wollen alle Arbeiterorganisationen zerstören. Haider tritt z. B. immer aggressiver gegen soziale Rechte auf. Als Reaktion auf die Ausschreitungen gründeten Jugendliche in Rostock eine Gruppe von "Jugend gegen Rassismus in Europa". Beim ersten Treffen nahmen ca. 150 Antifaschist:innen teil. Es ist notwendig, daß wir massiv auf die Straße gehen - gerade in Gebieten wie Rostock, um den Nazis und Skinheads zu zeigen, daß sie unerwünscht sind.

Thomas Prieler SJ6

50.000 Antifaschisten in Brüssel

Am 24.10.92 fand in Brüssel die größte europaweite antifaschistische und antirassistische Demonstration statt, die es je gegeben hat.

An der von "Jugend gegen Rassismus in Europa" (JRE) organisierten Demonstration nahmen rund 50.000 aus ganz Europa teil. Neben unzähligen Jugendlichen direkt aus Brüssel und Belgien, gab es Busse aus Großbritannien, Schweden, Holland, Ost- und Westdeutschland, der CSFR, In Österreich hatte das "Antifaschistische Komitee der Schüler und Lehrlinge Wiens" die Demo organisiert. Aus Wien schickte es 2 Busse mit über 100 Teilnehmern, das Salzburger Antifa-Komitee schickte gemeinsam mit Voralberger Antifaschisten eine Bus und kurz vor der Demo entschloß sich auch die SJ-Wien, sich zu beteiligen und schickte 3 Busse nach Brüssel. Das dafür benötigte Geld hatten Aktivisten des Antifa-Komitees zu einem großen Teil in wochenlangem und mühsamer Kleinarbeit auf der Straße gesammelt.

Vor der Abfahrt organisierte das Antifa-Komitee eine Demo in Wien, an der sich über 500 Jugendliche beteiligten. Die Busfahrt war lang, anstrengend und voller Diskussionen. Die Gewerkschaftsjugend "Agrar, Nahrungs- und Genussmittel" hatte für Lunchpakete gesorgt.

In Brüssel gab es jede Menge Informationsmaterial aus verschiedenen Ländern. Broschüren, Buttons, Zeitungen, T-Shirts... Vor der Demo gab es Redner aus verschiedenen Ländern, die von ihrer antifaschistischen Arbeit berichteten. Am frühen Nachmittag war es dann soweit - die Demo ging los. Ein endlos scheinender Zug, hunderte Fahnen und Transparente, Sprechchöre in verschiedenen Sprachen und - insgesamt über 50.000 Demoteilnehmer. Nachher fand ein Konzert in einer Halle, die 9000 Leute faßte, statt. Und als Abschluß der europaweiten Demo wurden das "Einheitsfrontlied" und "Die Internationale" gesungen. Denn Antifaschismus ist nur international erfolgreich!

Besonders beeindruckend war, daß aus Ostdeutschland über 1000 Teilnehmer kamen. JRE hat auch in Rostock eine starke Gruppe aufgebaut. Vertreter waren auch Gewerkschaften, wie z.B. die NUM (britische Bergarbeitergewerkschaft), die ihre Solidarität bekundeten. Im österreichischen Block wehte die Fahne der HGPD (Gewerk-

schaft Hotel, Gastgewerbe, Persönliche Dienste).

Diese erste Aktion von JRE war ein voller Erfolg. Ein Erfolg, der beweist, daß viele Jugendliche sich gemeinsam gegen Faschismus und Rassismus und gegen die Ungerechtigkeiten unseres Gesellschaftssystems stellen.

Tommy Weiss Sprecherratsmitglied des Antifa-Komitees und Aktivist von JFS 5

ANTIFA KONFERENZ

Am 26. September 1992 fand die 2. Konferenz des Antifa-Komitees der Schüler und Lehrlinge Wiens statt.

Etwa 150 AntifaschistInnen fanden sich am Samstag Nachmittag ein, um unter anderem einen neuen Sprecherrat zu wählen, die Grundsatzklärung abzustimmen und die europaweite Antifademonstration am 24. 10. in Brüssel vorzubereiten. Um zu zeigen, daß nicht nur junge "Spinner" gegen den Faschismus auftreten, berichtete Peppi Meissel, ein Widerstandskämpfer, über seinen antifaschistischen Kampf während des 2. Weltkrieges. Der wichtigste Punkt in der anschließenden Diskussion war, daß die Ursache für Rechtsextremismus und Faschismus nicht bei den Ausländern, sondern an den sozialen Problemen, wie Wohnungsnot, niedrigen Löhnen oder Arbeitslosigkeit liegt. Antifaschisten aus Salzburg und Voralberg berichteten über ihre Aktionen im Schulbereich und auf der Straße.

Ein weiterer Gast war eine Vertreterin der europaweiten Kampagne "Jugend gegen Rassismus in Europa," Andrea Enisuoah, an der sich auch, wie berichtet, das Antifa-Komitee beteiligt. Ihr Bericht stand vor allem im Zeichen der Vorbereitungen für die Demonstration in Brüssel und über die Gruppen, die sich der Kampagne angeschlossen haben, denn gerade ein internationaler Zusammenschluß ALLER Antifaschisten ist wichtig, um dem wiederaufkeimenden Fremdenhaß mit aller Macht entgegenzutreten zu können.

Vor der Wahl des neuen Sprecherrats,



berichteten Schüler und Lehrlinge über ihre antifaschistischen Aktionen und der Arbeit der Schul- und Lehrlingsgruppen. Den Abschluß der Konferenz bildete eine Demo zum anschließenden Konzert, daß unter dem Motto "Rock gegen Rechts" stand.

Die überaus erfolgreiche Konferenz zeigte uns, daß immer mehr Jugendliche gegen Rechte und Neo-Nazis etwas tun wollen. Wir müssen mehr denn je für eine bessere Gesellschaft kämpfen, in der soziale Ungerechtigkeiten nicht mehr der Nährboden für Rassenhaß und Ausländerfeindlichkeiten sind.

Margit Dechat
Sprecherratsmitglied des Antifa-Komitees, SJ 23

Vor einiger Zeit fand die Gründungskonferenz der Lehrlingsgruppe des Antifa-Komitees statt. Durch einige organisatorische Schwierigkeiten (Antifa-Konferenz, Brüssel-Demo) war diese jedoch nicht so erfolgreich, wie es geplant war. Trotzdem gibt es bereits an drei Berufsschulen Antifaschisten, die eine Schulgruppe aufbauen wollen. Es gibt 5-10 Aktivisten an jeder Schule, die bereits tätig sind. Sie werden demnächst "Gründungskonferenzen" abhalten, um sich zu organisieren, Aktionen zu planen, und, und, und. Treten wir den Faschisten offensiv entgegen. In der Schule, auf der Straße und in den Betrieben!

Reinhard Ruzicka
Sprecherratsmitglied des Antifa-Komitees, SJ 3

7:0 für Marxisten - aufgelöst

Tragödie..? oder sollte man die Situation der Sozialistischen Jugend im 3. Bezirk eher für eine schlechte Komödie halten?

Fakten sind: Im Frühjahr wählte die SJ 3 ihre neue Vertretung. Einige Tage später wurde diese demokratisch gewählte Vertretung von der SJ-Wien Führung für ungültig erklärt und eine Bezirksbetreuerin mit der Abhaltung einer neuen, "korrekten" Wahl beauftragt.

Diese fand am 16.9.92 statt. Alle Punkte des Statuts wurden genauestens eingehalten. Mitglieder der Kontrolle, also mit der Anwendung des Statuts bestens vertraute Personen, waren ebenfalls anwesend und konnten auch keine Verstoß gegen das Statut erkennen. Und wie schon einmal wurde auch diese Konferenz nach einer Woche von den Bürokraten für ungültig erklärt.

GENANNTER GRUND: Statutenwidrigkeit! Das Problem ist nur, daß man bei dem lückenhaften Statut der SJ-Wien NIE von Eindeutigkeit in einer gewissen Frage sprechen kann und somit bürokratischer Willkür Tür und Tor geöffnet ist.

Warum diese Härte?

Die SJ 3 - Gruppe COMMUNE konnte durch ihre Außenarbeit (Wer, der öfters in den 3. Bezirk kommt, kennt ihre Plakate nicht?) im antifaschistischen Bereich und jetzt durch ihre momentan laufende Frauenkampagne viele neue, junge Mitglieder und MitkämpferInnen gewinnen. Diese Arbeit wird von der SJ-Wien solange geduldet, solange man kritiklos der SJ-Führung hörig ist. Für den Fall übermäßiger Kritik entpuppen sich gerne verwendete Worte (z.B. mehr Demokratie etc.) als schlichte Phrasen und man greift gerne auf alte bürokratische, an stalinistische erinnernde, Methoden zurück.

Ihre Taktik

Abgesehen davon, daß Wahlen kurzer Hand als ungültig erklärt werden, versucht man auch noch auf andere Weise die aktiven Mitglieder des 3. Bezirkes an der Nase herumzuführen. Kai Jan Krainer, gut bezahlter SJ-Wien Sekretär und seit Jahren inaktives Mitglied der SJ 3 versucht sich neuerdings als Aktivist (natürlich in seiner bezahlten Arbeitszeit!) und geht auf die Suche nach neuen Mitgliedern. Stolz brüstet

er sich mit seinen 3 neuen Gruppen, doch gesehen wurde bis jetzt nur die Gruppe "Rote Falken", bestehend aus 3 bis 7 jährigen. Da wir natürlich an einer guten Zusammenarbeit aller AktivistInnen im 3. Bezirk interessiert sind, luden wir die anderen Gruppen zu uns ein, nachdem sie in ihrem Lokal nie auffindbar waren. Doch gekommen ist noch, wie auch bei den letzten 2. Konferenzen, niemand. Auch zu einem von Krainer kurz-fristig aufgedunsenen Treffen am Nationalfeiertag kamen zwar etliche COMMUNE-Mitglieder, doch weder Krainer noch sonst ein Aktivist der angeblichen 3 Gruppen war zu sehen.

Simply Red

Zeitung der SJ-3 Gruppe Commune

Die Gruppenzeitung

Was nun?

Am 11.11.92 wird wieder einmal gewählt, doch unsere Forderungen nach einer Mitgliederkonferenz dürfte Krainer und den anderen Bürokraten ein Dorn im Auge sein, denn sie versuchen diese (wie wäre es anders möglich), mit ihrer eigenen Auslegung des Statuts in eine Delegiertenkonferenz umzuwandeln. Damit würden sie die Wahlen gewinnen, um dann den Bezirk mundtot zu machen.

Man bekommt jedenfalls das Gefühl, daß den Bürokraten keine Sozialistische Jugend noch immer lieber ist, als eine kritische. Wir lassen uns jedoch von ihrem undemokratischen Handeln nicht beirren und werden weiter versuchen Jugendliche von sozialistischen Ideen zu überzeugen. Den rechten Populisten und Neonazis allein die Straße und die Jugendlichen zu überlassen, wäre wohl ein fataler Fehler. Auch wenn es kritischen linken Jugendlichen in der Sozialdemokratie nicht leicht gemacht wird.

Wolfgang Flirschütz gewählter
Vorsitzender der SJ 3

SJ 6 Konferenz



dieses Jahres aufgelösten Bezirke der Sozialistischen Jugend, der wieder als eigenständiger SJ-Bezirk besteht. Der neue Vorsitzende, Richard Klug, ist aktiver VORWÄRTS-Unterstützer und so wie die anderen neuen Funktionäre eine Garantie dafür, daß die SJ 6 ihre marxistische Politik weiter betreiben wird. Wichtigste Themen werden der Kampf gegen die EG und für ein Jugendzentrum sein. Außerdem werden wir weiter für einen sozialistischen Kurs der SJ und der SPÖ kämpfen!

Michael Gehmacher aus der SJ
ausgeschlossen/ ehemaliger
Vorsitzender der SJ 6

Am 21.10. 1992 hielt die Sozialistische Jugend 6 ihre 2. Bezirkskonferenz ab. Nun ist die SJ 6 der einzige der vier im März

Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen innerhalb der eigenen vier Wände ist keinesfalls etwas, das nur in einigen wenigen "kaputten" Familien, bei den sogenannten "Sozialfällen", vorkommt. Häusliche Gewalt (deren Opfer fast ausschließlich Frauen und Kinder sind) steht an zweiter Stelle auf der Liste der Gewaltverbrechen.

Umfragen haben ergeben, daß die häufigsten Gründe, warum Männer ihre Partnerinnen schlagen, Eifersucht, die Art, mit Geld umzugehen und Kritik an der Hausarbeit oder der Kindererziehung der Frauen sind. Doch all diese Gründe scheinen eher vorgeschoben zu sein: Auch Frauen sind eifersüchtig, auch Frauen haben unter Arbeitslosigkeit, schlechten Arbeitsbedingungen etc. zu leiden. Doch die wenigsten Frauen tun aus diesen Gründen ihren Partnern Gewalt an. Die eigentliche Frage, die wir uns stellen müssen, ist, warum Männer sich berechnigt fühlen, ihren Partnerinnen Gewalt anzutun, während die wenigsten Frauen glauben, ein Recht darauf zu haben, Gewalt gegen ihre Partner auszuüben.

Die Familie als Ort der Unterdrückung

Die heutige Familie, die von vielen noch immer als kleinster, aber wichtigster Baustein der gesamten heutigen Gesellschaft angesehen wird, hat ihre Wurzeln bereits in der Familie des alten Roms, in der Frauen zum Eigentum des Vaters oder des Ehemannes zählten, der alleiniger Herrscher über Leben und Tod seiner Familienmitglieder war. Die Geschichte der Frau ist also in erster Linie eine Geschichte ihrer Unterdrückung. Auch wenn sich seit der Antike viel verändert hat, liegt doch nach wie vor die Macht und Autorität in der Familie beim Mann, was von verschiedenen Institutionen und der gesamten Politik trotz Gleichberechtigung auf dem Papier unterstützt wird.

Der Kapitalismus - Frauenbefreiung nur theoretisch

Durch die Einführung der Lohnarbeit hat ein Großteil der Männer zwar vieles an Macht eingebüßt, jedoch die damit verbundene Trennung von Arbeitsplatz und Wohnraum isolierte die Frau noch mehr als bisher, nachdem ihre Arbeit zu Hause unbezahlt war und ist. Das führte zu einem noch gerin-

geren Stellenwert innerhalb der Gesellschaft. Daher wurden die Frauen, als sie zu Tausenden in die Fabriken gedrängt wurden, noch viel schlechter bezahlt als ihre männlichen Arbeitskollegen und hatten außerdem seit damals unter der klassischen Dreifachbelastung (Haushalt, Kinder, Beruf) zu leiden.



"Genug zum überleben - nicht zum leben"

"Nur" Hausfrau?

Einer Frau jedoch, die dem entgegen möchte (falls sie es sich leisten kann), indem sie ein Leben als "Nur-Hausfrau" führt und somit isoliert von anderen Frauen in den eigenen vier Wänden lebt, wird keinesfalls weniger Verantwortung aufgebürdet: Werbung, Kitschfilme und Illustrierte vermitteln ihr, sie wäre ganz allein verantwortlich dafür, daß ihre Ehe glücklich sei und daß aus den Kindern "etwas Anständiges" werde - und sie allein trage die Schuld daran, wenn der Ehemann unzufrieden ist, die Beherrschung verliert und zuschlägt.

Erst wenn eine Frau auf dem Arbeitsplatz



mit anderen Frauen zusammentrifft, erfährt sie, daß ihr Schicksal kein Einzelschicksal ist, sondern daß es tausenden anderen Frauen ebenfalls so ergeht - und hat die Möglichkeit, sich gegen ihr Schicksal, gegen den gewalttätigen Ehemann zu wehren, indem sie sich organisiert, mit anderen Schicksalsgenossinnen zusammenschließt. Und auch erst die wirtschaftliche Unabhängigkeit macht es einer Frau überhaupt möglich, ihren gewalttätigen Partner zu verlassen. Die Unterdrückung der Frau, das Verhältnis Frau - Mann, spiegelt das Ausbeutungsverhältnis im Kapitalismus zwischen Unternehmern und Arbeitern wieder. Um endlich einen Ausweg aus diesem Dilemma (Dreifachbelastung auf der einen Seite, wirtschaftliche und persönliche Abhängigkeit auf der anderen Seite) zu finden, müssen wir für demokratische Kontrolle über die Ressourcen kämpfen, sodaß diese zum Wohle aller verteilt werden können und niemand mehr in Armut oder in Abhängigkeit von einem gewalttätigen Partner leben muß.

Gemeinsamer Kampf ist notwendig!

Auch den Männern muß endlich klar werden, daß Diskriminierung von Frauen niemandem hilft, der für eine bessere Gesellschaft eintritt, - sondern nur unseren gemeinsamen Kampf schwächt. Unser Ziel muß es sein, diese Gesellschaft, die auf Ausbeutung und Habgier basiert und mit brutaler Gewalt gestützt wird, durch eine Gesellschaft, die auf der Grundlage der Kooperation aller im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben - und in den persönlichen Beziehungen - begründet ist, zu ersetzen!

Sibylle Uhuda SJ 3

Freier Fall in Richtung Krise

Im September waren die europäischen Tageszeitungen von einem Thema dominiert: vom quasi Zusammenbruch des EWS (Europäisches Währungs System). Lira und Pfund mußten aus dem EWS ausscheiden, zahlreiche andere Währungen wurden abgewertet und/oder durch Stützungskäufe vor dem Auscheiden aus dem EWS bewahrt.

Europäisches Währungs System

Das EWS wurde 1979 gegründet. Den Kern bildet ein Wechselkursmechanismus. Alle Mitgliedswährungen werden auf einem Mittelkurs zum Ecu (europäische Währung) festgelegt. Schwankungen sind bei harten Währungen nur um +/- 2,25%, bei weichen um +/- 6% erlaubt. Wenn ein Mitgliedstaat in die Nähe einer solchen Grenze kommt, sollen die anderen Notenbanken gezielt intervenieren, um die Wechselkurse stabil zu halten. So sieht die Theorie aus.

Der "Egoismus" der Staaten

In der Praxis ist aber den einzelnen Staaten ihre eigene Wirtschaft wichtiger als die anderer Staaten. Am 16. Juli erhöhte die Deutsche Bundesbank den Diskont-Zinssatz. Für die deutsche Wirtschaft war das notwendig, um Kapital anzuziehen und der eigenen Wirtschaft, die sich nach Aussagen deutscher Wirtschaftsexperten Richtung Krise bewegt, zu helfen. Für andere Länder brachte dieser Schritt allerdings enorme Probleme. Einerseits waren sie gezwungen, ebenfalls die Zinsen zu erhöhen, um eine Kapitalflucht zu verhindern, andererseits würgte gerade diese Zinserhöhung die schwache (wenn überhaupt vorhandene) Konjunktur ab (weil die Investitionen teurer wurden). Die Folge: Abwertung von Lira, Pfund, Dollar, schwedischen Kronen, Finnmark, Peseten, Escudos, Gulden, Francs.

Warum das alles?

Der auslösende Faktor war die Erhöhung des deutschen Diskont-Zinssatzes. Aber die Ursachen sind tiefergehend. Der Wirtschaftsaufschwung der 80er basierte zu einem großen Teil auf Krediten und Spekulationen. Die Verschuldung nicht nur der "3. Welt" sondern auch der Industriestaaten ist rapide angestiegen. Wirt-

schaftsprogramme, wie z.B. SDI (das 300 Mrd \$ teure Rüstungsprogramm der Reagan-Administration), die zu einer kurzfristigen Ankurbelung der Wirtschaft führten, wurden durch Kredite finanziert, die jetzt zu einer enormen Staatsverschuldung führten. In den USA muß bereits ein Drittel der Gewinne für Zinsrückzahlung ausgegeben werden.

Dazu kommt das Ansteigen des fiktiven Kapitals. 95% des Geldes, das täglich durch die Finanzkanäle geht dient zu Spekulationszwecken.

Die wirtschaftliche Situation der einzelnen Staaten ist alles andere als rosig. Inflation, steigende Arbeitslosigkeit, steigende Staats- und Privatverschuldung prägen das Bild dieser Länder. Diese sind dann auf Kapitalströme aus wirtschaftlich stärkeren Ländern angewiesen. Diese Rolle haben bis jetzt Deutschland und Japan übernommen. Da aber beide nun Probleme mit ihrer eigenen Wirtschaft haben, fällt diese Quelle zumindest teilweise weg. Durch die enge Verknüpfung der nationalen Wirtschaften miteinander, aber auch durch die Verknüpfung der Finanzmärkte, kann von einer Unabhängigkeit und von einer unabhängigen Entwicklung einzelner Wirtschaften nicht die Rede sein.

Wie weiter?

Während der Finanzkrise kam es zu Stützungskäufen durch die jeweils eigene Nationalbank, aber auch durch andere. Großbritannien verkaufte zur Stützung Devisen im Wert von über 10 Milliarden Pfund - das ist fast ein Drittel der offiziellen Währungsreserven. Deutschland intervenierte mit 92 Milliarden Mark, vor allem um Lira und Franc zu stützen. Allerdings hat der Einheitsgedanke der deutschen Wirtschaft auch seine Grenzen. Wenn Italien einer Abwertung der Lira nicht zustimme, drohen deutsche Vertreter, würde Deutschland die Stützungskäufe einstellen, die Lira ins Bodenlose fallen. Bereits 1978 war für deutsche Politiker klar, daß die Notenbank nicht, wie im EWS-Vertrag vorgesehen, unbegrenzt andere Währungen stützen würde. Und sie werden das auch in Zukunft nicht tun.

Auch wenn die Finanzkrise scheinbar noch einmal abgefangen wurde, hat sie verheerende Auswirkungen. In Skandinavien und Italien gibt es Regierungsprogramme,



Die Lira stürzt ins Bodenlose

die Sozialabbau und Senkung des Lebensstandards für weite Teile der Bevölkerung bedeuten. In Großbritannien wird dieser schon längst eingeschlagen Kurs weitergeführt. Einige wenige Spekulanten haben sich an der Finanzkrise eine goldene Nase verdient, für die meisten bedeutet sie aber nur eine Verschlechterung der Situation. Aber nicht die Gehälter der Bankdirektoren und Politiker werden gekürzt, sondern die der Arbeiter!

Nie wieder?

Können derartige Entwicklungen in der Zukunft verhindert werden? Die wirtschaftliche Situation keines Landes kann als wirklich gut bezeichnet werden, der heißersehnte Aufschwung wird nicht einmal von den optimistischsten bürgerlichen Wirtschaftsexperten vorhergesagt. Ganz im Gegenteil. Die Verschuldung steigt, die soziale Situation wird ständig schlechter, die Inflation wächst schneller...

Das neue Lieblingskind der Unternehmer ist eine kleine Währungsunion von Hartwährungsländern. Das steht allerdings 1. im Widerspruch zum "vereinten Europa" und 2. ist fraglich, wie lange eine Vereinigung der wichtigsten Mitglieder eines solchen Blockes - Deutschland und Frankreich - bei einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation halten wird.

Angesichts der Instabilität der Wirtschaft und der Finanzmärkte sind erneute Finanzkrisen nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. Und sie werden immer zu Angriffen auf unsere Rechte genutzt werden. Die Unternehmer und EG-Politiker werden immer Versuchen, die Kosten der Krisen auf uns abzuwälzen. Es ist an uns, das zu verhindern!

Sonja Grusch aus der SJ ausgeschlossen

Japan: Das Zugferd lahmt

Die Weltwirtschaft befindet sich im Niedergang. USA und Großbritannien durchlaufen eine Phase der Rezession bzw. der Stagnation. In Deutschland ist das Wirtschaftswachstum seit der Vereinigung deutlich zurückgegangen. Und wie sieht's in Japan, der früheren Lokomotive der Weltwirtschaft, aus?

Japan ist nach dem Zweiten Weltkrieg von einem industriell rückständigen Land zu DER Wirtschaftsgrößmacht in Asien aufgestiegen. Im Außenhandel verzeichnet der Inselstaat Rekordgewinne. Nun könnte man glauben, daß Japan eine Ausnahme in der kapitalistischen Krise ist. Doch der Schein trügt! Da Japan vom Außenhandel abhängig ist, kann es einer weltweiten Krise nicht entgehen. Die Wirtschaftsbeziehungen zu den USA sind sehr schwierig, da sich die USA in einer schweren Krise befinden und darum Importquoten und Schutzzölle verhängt haben. Die Exporte nach Europa haben seit der deutschen Vereinigung ebenfalls abgenommen. Die europäischen Staaten haben Japan den offenen Handelskrieg angedroht, falls Japan die Exporte nach Europa (z.B. Autos) nicht freiwillig begrenzt. Frankreich hat zum Beispiel kurzfristig alle bis auf einen Grenzübergang für japanische Einfuhren sperren lassen und hohe Schutzzölle verhängt.

Probleme in der Autoindustrie

Die OECD-Prognosen für 1992 sagen ein Wirtschaftswachstum von lediglich 1,5% voraus. Besonders unter Druck stehen die Auto- und Stahlindustrie. Im August 1992 ging die Produktion von PKW und Nutzfahrzeugen gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr um 18% zurück. Marktführer Toyota hat einen Produktionsrückgang um 12,4%, Nissan gar um 20,4%. Beim Japanbesuch von US-Präsident Bush Anfang dieses Jahres wurden die Exportquoten in die USA neuerlich verringert. Auch in der Stahlindustrie kann vorerst mit keiner Produktionssteigerung gerechnet werden - im Gegenteil: Die Unternehmer sprechen von Produktionsstilllegung und Arbeitsplatzabbau. Wie in den anderen Staaten sinken auch in Japan die Profite der Unternehmen. Und das obwohl der Staat fast alle Belange, wie die Exporte für die privaten Unternehmen, plant und es fast keine Arbeiter- und Gewerk-

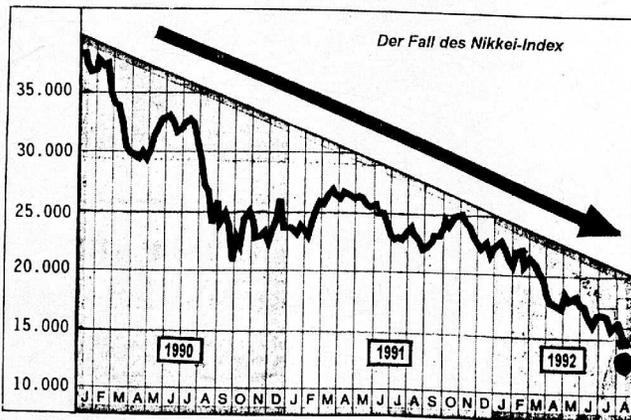
schaftsrechte gibt.

Das bislang verhältnismäßig hohe Wirtschaftswachstum läßt sich auf den niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung (nur 45% der japanischen Haushalte verfügen über sanitäre Einrichtungen) und die lange Arbeitszeit (ca. 48 Stunden-Woche) zurückführen. Obwohl die Regierung ein Programm zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden beschlossen hat, dürfte sich daran nichts ändern. Die japanischen Arbeiter MÜSSEN Überstunden machen, um selbst den niedrigen Lebensstandard zu halten! Die Überstundenbezahlung ist ein fixer Bestandteil des Haushaltsgeldes. Außerdem nimmt kein japanischer Arbeiter mehr als zwei Wochen Urlaub im Jahr.

großen Börsenkrisen mußten die japanischen Unternehmer und Spekulanten Milliarden Yen-Verluste hinnehmen. Ein weiterer Rückschlag für die ohnehin schon angeschlagene Wirtschaft dürfte das vorläufige Scheitern der Verhandlungen über eine südost-asiatische Handelszone sein. Damit dürften die japanischen Kapitalisten gegenüber denen der USA, die eine Freihandelszone mit Kanada und Mexiko (NAFTA) gebildet haben, und denen Deutschlands (EG) einen klaren Nachteil haben.

Was bringt die Zukunft?

Japan wird wohl kaum in der Lage sein, die derzeit daniederliegende Weltwirtschaft



Pessimistische Prognosen

Für 1993 sind die Wirtschaftsprognosen pessimistisch. Die bis vor kurzem hohe Investitionsrate (30% der Gewinne wurden wieder investiert) geht drastisch zurück. Das Bruttosozialprodukt (BSP), das im Rechnungsjahr 91/92 noch um 3,5% gewachsen ist, soll laut OECD 92/93 nur noch um 2,6% wachsen. Diese Zahlen sind umso bedeutender, da in Japan ein BSP-Wachstum von 3% als magische Grenze zur Krise gilt. Der Nikkei (japanischer Börsenindex) ist schwach wie selten zuvor: War er Ende 1989 noch auf über 40.000 Punkten, so pendelt er seit März dieses Jahres zwischen 15.000 und 18.000 Punkten. Während der

wieder anzukurbeln. Nicht nur Japans Wirtschaft steckt in einer Krise, sondern die ganze Gesellschaft - eine korrupte bürgerliche Partei ist in Japan seit Jahrzehnten an der Macht. Ein politischer Machtwechsel ist selbst für die Unternehmer notwendig, um die Wirtschaft zu modernisieren. Aber danach sieht es nicht aus.

Richard Klug SJ 6

FÜR EINE
SOZIALISTISCHE
ARBEITERZEITUNG
Unterstützt VORWÄRTS



So "funktioniert" der Kapitalismus

Deutschland

Die Deutsche Aerospace AG will in den nächsten 2 Jahren 7500 Jobs streichen - das sind knappe 10%! Die Lufthansa will 1992 rund 1800 Arbeitsplätze und 1993 "deutlich mehr" abbauen.

Als die Mauer fiel, hat Kohl versprochen, daß es keine Steuererhöhungen geben wird. Jetzt hat die CDU aber welche beschlossen und auch noch Kürzungen von Sozialleistungen.

Die VW-AG wird heuer nach Schätzungen rund 700 Millionen Mark Verluste machen. Grund dafür sind eine Reihe von Fehlentscheidungen des Managements. Die Folgen dürfen aber 12.500 Mitarbeiter tragen, die in den nächsten Jahren abgebaut werden sollen.

Mercedes will bis Ende '92 10.500 Arbeitsplätze abbauen. Außerdem müssen die 185.000 in Deutschland beschäftigten Mercedes-Mitarbeiter eine verlängerte Weihnachtspause einlegen.

In Deutschland gibt es zur Zeit 2,89 Millionen Arbeitslose, das sind mehr 256.000 als vor einem Jahr.

Großbritannien

Die Tory-Regierung hat die Schließung von 31 Kohleminen im nächsten halben Jahr beschlossen. Davon sind 30.000 Arbeiter mit ihren Familien betroffen, aber auch alle anderen in diesen Regionen. Schätzungen sprechen von 200.000 Entlassungen im Umfeld. Durch bereits erfolgte Schließungen von Kohleminen in der Vergangenheit wurden aus früher reichen Ortschaften Geisterstädten. In den letzten sieben Jahren wurden bereits 150.000 Kumpels "abgebaut"; Ersatzjobs sind entweder schlecht bezahlt oder überhaupt nicht vorhanden. Nach Massenprotesten mußte die Regierung ihre Pläne ändern. 100.000 demonstrierten in London. "Nur" 10 Zechen sollen jetzt geschlossen werden. Mittelfristig halten die Tories aber an ihren ursprünglichen Plänen fest.

Schweden

Schweden galt jahrelang als Musterbeispiel für die "soziale Marktwirtschaft". Schweden lief aber auch klar, daß eben diese nicht funktioniert, wenn sich die wirtschaftliche Situation verschlechtert. Jetzt haben Bürger-

liche und Sozialdemokraten gemeinsam ein "Krisenpaket" geschnürt. Steuererhöhungen und Sozialabbau sind die Folgen. Zwei Urlaubstage werden gestrichen, die Mehrwertsteuer von Lebensmitteln wird auf 21% erhöht. Mit diesen Mehreinnahmen (die vor allem von Arbeitern bezahlt werden) sollen die Lohnnebenkosten für Unternehmer gesenkt werden. Vorangegangenen war ein erstes Sparpaket, das weniger Krankengeld, die Senkung der Rentenansprüche und des Wohngeldes bedeutete.

Italien

Die italienische Regierung hat mit dem Budgetentwurf für 1993 ein Sparpaket beschlossen. Geplant sind Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich sowie ein hoher Selbstbehalt bei der Krankenversicherung, Heraufsetzung des Pensionsalters und eine Reihe von Steuern. Die Reaktion darauf sind Massenproteste und ein Generalstreik. In Rom allein protestierten 200.000 Pensionisten.

EG

Im Juli waren in der EG 14 Millionen Menschen arbeitslos - das sind etwa 9,5%. (Das ist das Ergebnis der Politik, die zur Europareife führen soll.) Als Fortschritt sieht man es in der EG, daß man sich auf eine Höchstarbeitszeit von 48 Stunden geeinigt hat.

Osteuropa

Wenn die Wirtschaftspolitik der polnischen Regierung weitergeführt wird, wird die Arbeitslosigkeit von derzeit 13 auf über 30% steigen. 2,5 Millionen Polen sind offiziell ohne Arbeit, 900.000 ohne Unterstützung. Aber es gibt auch Proteste gegen die Kürzungspolitik, wie die vom Fiat-Lizenzwerk ausgehenden Streiks. In Ungarn waren Ende Juni 547.000 arbeitslos.

3. Welt

Der Schuldenberg der "3. Welt" wächst stetig. Während er 1982 bei 800 Milliarden Dollar betrug stieg er bis 1991 auf 1.350. Die Versuche, die Schulden zurückzuzahlen, führen zu immer stärkerem Raubbau an der Natur, aber auch, auf Druck des Internationalen Währungsfonds, zu Sozialabbau. Die Hungersnot in Somalia ist "nur" Teil der Katastrophe in Afrika. Dürre und exportorientierter Anbau führen zu Hungerkatastrophen. Die Lebenserwartung eines (schwarzen) Afrikaners liegt bei 51 Jahren, jeder zehnte Säugling stirbt im ersten Lebensjahr.

DAS IST
KAPITALISTISCHE REALITÄT!



"Papa, wenn ich groß bin, können wir sie dann zurückkaufen?"

USA

In den USA sind die Reallöhne von 1988 bis '91 um 3,5% gesunken. IBM, größter Hersteller von elektronischen Rechnern, streicht heuer 40.000 Stellen - das sind 12% der Gesamtbeschäftigten! Allerdings gibt sich IBM großzügig. Im Falle eines freiwilligen Ausscheidens will IBM freiwillige Abfertigungen zahlen. Frage ist allerdings, wie lange diese Abfertigung reicht, und was danach kommt. Denn wo sollen die "freiwillig Ausgeschiedenen" nachher arbeiten? Die Arbeitslosenquote liegt bei 7,8%, wobei nicht klar ist, wieviele Arbeitslose in dieser Statistik gar nicht eingerechnet sind.

EG - Nur schöne Worte

Die EG ist aus allen Fugen: Die Dänen lehnen die Maastricht-Verträge bei einer Volksabstimmung ab, in Frankreich geht diese denkbar knapp für Maastricht aus. Doch seit der Währungs- und der EG ist das Europäische Währungssystem auseinandergebrochen. Der Zeitplan auf dem Weg zur europäischen Einigung wird nicht mehr einzuhalten sein. Doch noch immer predigen Politiker, daß Maastricht unbedingt Wirklichkeit werden muß. Warum?

Maastricht - das ist der Traum der großen Kapitalisten, multinationalen Konzerne und bürgerlichen Politiker, die ja bereits ausgezeichnet international organisiert sind. Dieser Vertrag soll ein entscheidender Schritt in Richtung vollständiger europäischer Integration sein. Nicht nur die bürgerlichen, sondern auch diesozialdemokratischen EG-Politiker wollen durch die Integration die kapitalistischen Widersprüche überwinden: Das sind die gesellschaftliche Produktion von Waren und der Handel, hineingezwungen in Privatbesitz an Produktionsmittel und in Nationalstaaten. Wirtschaftsprognosen sagen voraus, daß bei Durchführung der Maastricht-Verträge nur ein paar Prozent Wachstum wahrscheinlich sind. Auf jeden Fall zu wenig, um die Arbeitslosigkeit abzubauen, um Sozialleistungen und Umweltschutzmaßnahmen zu finanzieren. Aber die EG reicht völlig aus, um die Profite der Unternehmer anzuheben!

Was ist Maastricht?

Was heißt eigentlich Maastricht? Bis jetzt existieren drei europäischen Gemeinschaften (EG für Kohle und Stahl, EWG und Euratom), die jeweils eigene Strukturen und beschränkte Wirkungsbereiche haben. Die Maastricht-Verträge sehen die Schaffung einer Gemeinschaft vor, die schrittweise die nationalstaatlichen Aufgaben übernimmt (EG-Recht geht vor nationalem Recht, einheitliche Währung und Steuern etc.). Nicht nur die Wirtschaft, auch die soziale und politische Struktur soll vereinheitlicht werden. Die politische Zusammenarbeit der EG-Staaten wird in Zukunft das wichtigste Element der Integration werden, denn ein einheitlicher Wirtschaftsblock kann nur unter gleichen Bedingungen effektiv sein. Soweit die Theorie; die EG-Befürworter erzählen, daß die EG knapp davor steht, die völlige

Integration zu erreichen.

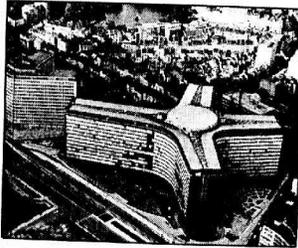
Die Regierung, der EG-Apparat und die Unternehmer ziehen an einem Strang, um "ihr" System, den Kapitalismus, vor der drohenden tiefen Krise zu retten. Es geht nicht um schöne Ideale, sondern um Profit, Wirtschaftswachstum, Unterdrückung der gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft und um Macht. In ganz Europa, egal ob die Staaten bei der EG Mitglied sind oder nicht, sehen wir das gleiche Szenarium - die Kapitalisten und die Regierung setzen auf ungehemmte freie Marktwirtschaft, Deregulierung, Privatisierung von staatlichen Unternehmen, Abbau von Arbeitsplätzen und Sozialleistungen, Lohnkürzungen und Abbau von gewerkschaftlichen Rechten. Subventioniert werden nur mehr die Unternehmer (z.B. über die EG), aber nicht mehr Arbeitsplätze und Sozialleistungen.

| EG - Zeugnis | |
|--------------|---|
| Umwelt | 5 |
| Soziales | 5 |
| Ausbeutung | 1 |

Geprüft und durchgefallen

Arm und Reich in der EG

Die Kapitalisten benutzen die EG nach dem Motto "Gemeinsam sind wir stark", aber auch innerhalb der EG gibt es reiche (mächtige) und arme Länder. Die wirtschaftlich "Starken", wie Deutschland und Frankreich, sehen den Vorteil der EG als erweiterten Markt und Produktionsstandort. In Wirklichkeit beuten die EG-Nettozahler die ärmeren EG-Staaten aus und zementieren deren Abhängigkeit. Griechenland oder Portugal haben keine Chance gegen die Supermacht Deutschland und doch erhalten diese Länder notwendige finanzielle Zuwendungen aus EG-Mitteln. Jedenfalls führen die inneren sozialen Spannungen in der EG zu dauernden Krisen - z.B. Budget- und Währungs-krisen. Die



letzte Währungskrise dieses Jahres führte zur offenen Spaltung in reiche und arme EG. Die Integration ist auf das Abstellgleis geführt worden. Die EG ist nicht vom Einheitsgedanken, sondern wohl eher von offenen Klassenkämpfen geprägt. General- und Massenstreiks, Betriebsbesetzungen, Straßenkämpfe mit der Polizei, Massenentlassungen und Proteste - diese EG ist ein Zusammenschluß von kapitalistischen Staaten, nichts weiter! Eine wirklich tiefgreifende Krise des internationalen Kapitalismus steht an, in Europa reißt die Rezession die Wirtschaft hinunter - wie wird die EG reagieren? Warum sollte eine harmonische Entwicklung in der EG möglich sein, wenn doch in allen Ländern sich Unternehmer und Arbeiterschaft unversöhnlich gegenüberstehen? Letztendlich werden sich die nationalstaatlichen Interessen der Kapitalisten und Regierung durchsetzen, denn in Zeiten der Krise brauchen die Unternehmer Schutz von "ihrem" Staat gegen andere Kapitalisten, die eine Konkurrenz sind, und vor den aufgebregelten Arbeitern und Gewerkschaften.

EG - Instrument zur Ausbeutung

Also was ist Maastricht - viele schöne Worte über europäische Integration und "kollektiver Sicherheit". Doch in Wirklichkeit heißt es nichts anderes, als daß die Ausbeutung von Arbeiterschaft und Natur noch verstärkt wird. Das ist der Kardinalfehler der SPÖ-Führung: Sie sagt nicht die Wahrheit, wenn sie über die EG spricht. Die hunderte Tausend Tonnen Dokumente und Werbematerial über die EG ändern nichts daran - das ist nicht unser Europa, nicht das Europa der Arbeiter! Alles läuft im Interesse der Unternehmer! Das NEIN zur EG muß sich daher mit einer sozialistischen Politik verbinden. Für ein anderes, sozialistisches Europa!

Thomas Kerschbaum Themeninitiative "Jugendarbeit" der SPÖ 20

Marxismus aktuell

USA - die, Wirtschaft liegt am Boden, BRD - Experten sprechen von Krise, Österreich - der Wurmfortsatz des deutschen Kapitals folgt wie immer seinem Herrn.

Überall steuern die Leitlokomotiven der Weltwirtschaft in die Krise. Doch warum ist das so? Warum gibt es überhaupt Krisen? Allgemein gesprochen, wie funktioniert das ganze überhaupt? Im folgenden "MARXISMUS AKTUELL" soll versucht werden, einige Eckpunkte der sozialistischen Wirtschaftstheorie zu umreißen.

Der Kapitalismus ist ein System, das auf der Aneignung von Mehrwert beruht. Konkret heißt das: "Hat der Geldbesitzer die Arbeitskraft gekauft, so hat er das Recht, sie zu gebrauchen, d.h. sie einen ganzen Tag, sagen wir 12 Stunden, arbeiten zu lassen. Indes erzeugt der Arbeiter im Laufe von 6 Stunden (der "notwendigen" Arbeitszeit) ein Produkt, durch das sein Lebensunterhalt gedeckt wird, im Laufe der übrigen 6 Stunden ... aber erzeugt er ein vom Kapitalisten nicht bezahltes "Mehr"produkt oder den Mehrwert" (W.I. Lenin, 3 Quellen und 3 Bestandteile des Marxismus).

Das einzige, was der Kapitalist zur Verfügung stellt, sind die Produktionsmittel (Maschinen, Fabriken,...). Arbeiter (Proletarier) haben keine Produktionsmittel, sondern sie verkaufen ihre Arbeitskraft gegen Lohn. Das ist einerseits der zentrale Unterschied zwischen Arbeitern und Unternehmern, und andererseits das, was die Arbeitnehmer (also Arbeiter, Angestellte, Beamte,...) vereint, ein gemeinsames Grundinteresse darstellt.

Durch ihr gemeinsames, gleiches Verhältnis zu den Besitzern der Produktionsmitteln werden sie auch als Arbeiterklasse bezeichnet. Ihre gemeinsamen Interessen sind z.B. kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne, also die Erhöhung des Anteils am Mehrwert. Dieser Anteil muß aber erkämpft werden, denn freiwillig wird der Unternehmer seinen Gewinn nicht schmälern. In Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs ist es für die Proletarier leichter, sich einen Anteil am Mehrwert zu holen, weil Arbeitskräfte gebraucht werden (und deshalb aus Konkurrenz höhere Löhne gezahlt werden) und weil auch ein gewisser Polster da ist, um Zugeständnisse an die Arbeiterschaft zu machen und sie damit ruhig zu stellen. Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs sind

also die besten Zeiten für erfolgreich geführte Arbeitskämpfe. In Zeiten der Krise hingegen werden Arbeiter entlassen und es gibt verstärkte Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse (z.B. die Forderungen der Bundeswirtschaftskammer nach Nulllohnrunde, Arbeitszeitverlängerung, kein Geld für den 1. Krankenstandstag etc.).

Wie kommt es aber dazu, daß ein Aufschwung in eine Krise übergeht? Grundsätzlich kann man sagen, daß die kapitalistische Wirtschaft eine zyklische (regelmäßige) Abfolge von Auf- und Abschwüngen durchmacht. Allerdings ist dabei der sogenannte tendenzielle Fall der Profitrate zu beachten, d.h. da sich die Zusammensetzung des Kapitals ändert (das Verhältnis Arbeitskraft-Maschine) und nur durch Arbeitskraft Mehrwert erzeugt werden kann, führt ein Abnehmen des Anteils der Arbeitskraft an der Produktion zum Fall der Profitrate. Da der Anteil der Arbeitskraft an der Produktion (durch technische Neuerungen) tendenziell immer mehr abnimmt, spricht man vom tendenziellen Fall der Profitrate. Die Kapitalisten versuchen natürlich, der Verringerung ihrer Profite entgegenzuwirken - mit Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzungen, Rationalisierung, Erhöhung der Arbeitsintensivität und Produktivität usw. Jedenfalls gibt es einen ständigen Kampf zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern um den erwirtschafteten Mehrwert, den Klassenkampf.



In der Krise werden nun sovielle Produktionsmittel und soviell Kapital vernichtet (Schließung von Betrieben, Massenentlassungen, Krieg...), damit die



Nachfrage wieder größer als das Angebot wird. Nun fängt die Wirtschaft wieder an, mehr zu produzieren, nimmt Arbeitskräfte auf, es kommt der Punkt, wo wieder mehr produziert wird, als verkauft werden kann. Vor der Krise füllen sich die Lagerhallen, aber es besteht entweder kein Bedarf für die Waren, oder viel öfter, die Arbeitnehmer haben kein Geld, um die Waren zu bezahlen (da sie ja nur einen Teil des von ihnen erarbeiteten Wertes erhalten). Das ist einer der Grundwidersprüche des Kapitalismus. Einerseits brauchen die Kapitalisten als Klasse halbwegs erträglich verdienende Arbeiter, um die Waren zu verkaufen, andererseits will der einzelne Kapitalist möglichst wenig Lohn zahlen. Kapitalistische Krisen sind Überproduktionskrisen (oder Unterkapazitätskrisen, weil nur ein bestimmter Teil der Produktivkräfte ausgenutzt werden.) Gefangen im Kapitalismus versucht die Politik, die Wirtschaft mit wechselnden Rezepten zu retten, einmal ungehemmte Marktwirtschaft, ein anderes Mal hoher Staatsanteil an der Wirtschaft und Subventionspolitik - doch all diese Rezepte haben sich als wirkungslos erwiesen. In diesem Sinne ist unsere Epoche wirklich entscheidend, denn außer alten kapitalistischen Strickmuster können uns die Unternehmer nichts anbieten - und die Weltwirtschaft erholt sich nicht, die Armut und das Elend der Menschen werden sich weiter ausbreiten!

"In jeder Krise erstickt die Gesellschaft unter der Wucht ihrer eignen, für sie unverwendbaren Produktivkräfte und Produkte und steht hilflos vor dem absurden Widerspruch, daß die Produzenten nichts zu konsumieren haben, weil es an Konsumenten fehlt... Die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel... setzt ferner eine Masse von Produktionsmitteln und Produkten für die Gesamtheit frei durch Beseitigung der blödsinnigen Luxusverschwendung der jetzt herrschenden Klassen und ihrer politischen Repräsentanten" (F. Engels, Die Entwicklung des Sozialismus).

Michi Bonvalot SJ 5 - aufgelöst!
Jugend für Sozialismus

Die Angriffe häufen sich

Unter dem Vorwand, "europareif" werden zu müssen, gibt es seit Monaten immer stärkere Angriffe von Unternehmenseite auf Errungenschaften, die österreichische Arbeiterbewegung erkämpft hat. Die Attacken auf Arbeitsrechte werden immer dreister.

Bundeswirtschaftskammerpräsident Maderthaler forderte eine Nulllohnrunde um die Unternehmer zu entlasten. Was aber heißt Nulllohnrunde für die Arbeitnehmer? Es heißt nicht bloß kein Geld dazu zubezahlen, sondern es bedeutet einen Reallohnverlust, da nicht einmal die Inflationsrate (etwa 4%) abgedeckt wird. Maderthaler, aber auch der Präsident der Wiener Handelskammer Nettig, fordern die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Der Traum aller Unternehmer - längere Arbeitszeiten, weniger Lohn! Aber damit noch nicht genug, Maderthaler fordert weiter, daß die Ist-Löhne nicht mehr kollektivvertraglich festgesetzt werden, sondern nur noch die Mindestlöhne. Wenn das tatsächlich geschieht, würde es bald in den meisten Firmen nur mehr KV-Löhne geben. Aber es kommt noch besser. Maderthaler schlug vor, Betrieben, die in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation sind, zu erlauben, ihre Belegschaft zu entlassen und dann gleich wieder zu niedrigeren Löhnen einzustellen.

Die stellvertretende ÖVP-Obfrau und Salzburger Handelskammerpräsidentin, Helga Rabl-Stadler, die auch selbst Textildirektorin ist, gibt sich gemäßigt. Nicht generelle Verlängerung der Arbeitszeit, sondern "Flexibilität". Die Arbeitszeit sollte je nach Auftragslage eingeteilt werden. Bereitstehen auf Abruf, und dann länger arbeiten (Da kann der Unternehmer dann vielleicht noch teure Überstundenzuschläge sparen).

Nettig meint, daß der "einfache Mann" Einsicht in die Notwendigkeit hat, länger um weniger Geld zu arbeiten. Aus Angst vor Arbeitslosigkeit sind sicher viele "bereit" dazu.

Aber es geht noch weiter. Die ÖVP, ganz auf Seiten der Wirtschaft, forderte die Abschaffung der Krisenregion-Förderung. Diese Regelung dient zum Schutz älterer Arbeitnehmer, z.B. vorzeitige Alterspensionen, Sonderunterstützungen, verlängertes Arbeitslosengeld in Krisenregionen. Laut ÖVP hat aber gerade diese Regelung die Zunahme der Arbeitslosigkeit von älteren

Arbeitnehmer begünstigt. Wenn man die Regelung abschafft, sinkt diese Arbeitslosigkeit. Auf die Idee, daß Unternehmer Arbeiter nicht nach dem Kriterium kündigen, "Wer ist dann am besten sozial abgesichert" sondern nach der Frage, "Wo kann ich mir am meisten Geld ersparen?" (und ältere Arbeitnehmer verdienen üblicherweise mehr), kommt die ÖVP nicht.

Die letzte Idee der Wirtschaft: Der erste Tag eines Krankenstandes soll unbezahlt bleiben! Arbeit macht aufgrund oft mangelnder Arbeitsschutzmaßnahmen und zuviel Streß oft krank - aber bezahlen wollen die Unternehmer nicht!

Diese unverschämten Angriffe sind nur möglich, weil die Gewerkschaften seit Jahren im Dornröschenschlaf liegen und damit den Unternehmern Mut gemacht haben.

Lohnrundenfiasko

Der Kollektivvertrag der 190.000 Metallarbeiter wurde am 29.10. um 2 Uhr in der Früh vereinbart.

Der Ergebnisse lauten:

Erhöhung der Ist-Löhne um 3,9%, der KV-Löhne um 5,2%. Weiters wurde eine einmalige Sonderzahlung von 2000.- Schilling bis April '93 vereinbart. Dieser Abschluß erntete viel Lob vom Bundeskanzler, ÖGB-Präsident und Bundeswirtschaftskammerpräsident Maderthaler. Daß die Arbeiter in diesem Chor einstimmen werden, ist aber kaum zu erwarten.

Die Gewerkschaft hatte eine Erhöhung von 7% auf die Ist- und 9% auf die KV-Löhne gefordert. Mit Einberechnung der einmaligen Sonderzahlung steigen die Ist-Löhne damit um 4,5%. Aber der Haken an dieser "Lösung" besteht darin, daß nächstes Jahr von einem niedrigeren Sockel wegverhandelt wird! Aufgrund der Inflationsrate und der steigenden Krankenversicherungsbeiträge (+0,4%) und Arbeitslosenversicherungsbeiträge (+0,2%) wird es heuer de facto so gut wie keine Reallohnerrhöhung für die Metalller geben.

Die Verhandlungen der Metalller sind außerdem Richtlinie für die folgenden KV-Verhandlungen. Schließen die Metalller hoch ab, schaut auch für die anderen mehr raus. Das heißt heuer für einige Branchen vielleicht sogar Abschlüsse unter der Inflationsrate. Anlässlich der Diskussion um die "Wirt-

(Wenn sie keinen Widerstand entgegen gesetzt bekommen, werden sie immer frecher.) Von Seiten der Gewerkschaften und der SPÖ ist in dieser Richtung nur ungenügend reagiert worden. Aber es ist nun an der Arbeiterbewegung, dagegen aufzutreten, unsere Rechte zu verteidigen und auszubauen.

Wir fordern:

- * **Kein Zurückweichen vor den Angriffen der Unternehmer!**
- * **Keine Kürzung, sondern Ausbauder Sozialleistungen!**
- * **Soziale Absicherung für jeden!**
- * **Starke und kämpferische Gewerkschaften, die sich wirklich für die Arbeitsrechte einsetzen!**
- * **SPÖ-Alleinregierung auf Grundlage eines sozialistischen Programms!**
- * **12.000.- Mindestlohn!**
- * **35-Stunden-Woch bei vollem Lohn!**

Harald Mahrer
Aktivist von JFS Margareten



schafts- und Sozialpartnerschaft", der Busek mangelnde Effizienz vorgeworfen hat, wurde dieser Lohnabschluß als Gegenbeweis für deren Funktionieren gesehen.

Und das stimmt auch. Denn für die Unternehmer funktioniert die Sozialpartnerschaft gut, sie bringt "maßvolle" Lohnabschlüsse und erhält den viel beschworenen sozialen Frieden.

Jetzt haben sich Verzetznitsch und Maderthaler auf eine Reform der Sozialpartnerschaft geeinigt. Dabei wird z.B. der Preisunterausschuß in einen Wettbewerbsausschuß umgeändert werden. Preise sollen nun nur noch in Ausnahmefällen geregelt werden, die Paritätische Kommission wird um einen Ausschuß zur EG erweitert usw..

Aber an der Rolle der Sozialpartnerschaft, die die Basis der Gewerkschaften zur Inaktivität anhängt, wird sich nichts ändern. Unsere Veränderungsvorschläge schauen anders aus.

Die Lohnverhandlungen, die momentan

hinter verschlossenen Türen bis mitten in der Nacht dauern, müssen öffentlich sein. Die Basis der Gewerkschaft hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie ihre Lohnabschlüsse zustande kommen. Während der KV-Verhandlungen sind Protest und Kampfmaßnahmen notwendig, die die Stärke der Arbeiterbewegung demonstrieren sollen. Das und eine Kontrolle der Verhandlungen durch die Gewerkschaftsbasis können verhindern,

daß sich die Gewerkschaftsführung auf derartige Abschlüsse herunterhandeln läßt.

Die Kosten der Konjunkturabschwächung sollen wieder den Lohnabhängigen aufgebürdet werden. Der Kanzler meinte zum Lohnabschluß, daß er "verantwortungsvoll" aber "nicht notwendigerweise ein Beispiel für die bevorstehenden Beamtenlohnverhandlungen" sein müsse. Er hat wohl nicht gemeint, daß deren Abschlüsse höher sein

sollen - ganz im Gegenteil. D.h. das die heutige SPÖ-Führung von einer Umverteilungspolitik zu Gunsten der Arbeitnehmer meilenweit entfernt ist. Das einzige Ziel der Sachzwangpolitik heißt Budgetkonsolidierung und Europareife. Der Lohnabschluß und die Reaktionen der ÖGB und SPÖ-Führung zeigen, daß in den Arbeiterorganisationen ein Kurswechsel dringend notwendig ist. **David Mum aus der SJ ausgeschlossen**

Insel der Seligen?

Die europäischen Kapitalisten sind nervös! Die Wirtschaft Westeuropas befindet sich am Rande eines Abschwungs. Osteuropa ist die Wirtschaft zum Teil nun vollkommen zusammengebrochen. Nur Österreich liegt als "Insel der Seligen" unberührt von alldem in der Mitte Europas, oder doch nicht?

"Fotografhandel geht in Konkurs", "Reiseveranstalter pleite", "Großer Konzern in Schwierigkeiten", so lesen sich die Wirtschaftsmeldungen der letzten Zeit. Sogar die Unternehmer schrauben ihre Erwartungen Zug um Zug zurück. Immer trauriger werden die Prognosen der Unternehmensvertretungen. Das Wirtschaftswachstum liegt Schätzungen zufolge nur mehr bei etwa 2%. So gut wie alle Wirtschaftsdaten verbreiten Pessimismus.

Im September dieses Jahres stieg die Arbeitslosigkeit um 5% gegenüber demselben Monat im Vorjahr. Während die durchschnittliche Arbeitslosenrate 1991 noch bei 5,8% lag, erwarten manche Prognosen für heuer schon eine Durchschnittsrate von bis zu 7,5%. Hinzu kommt noch eine steigende Inflationsrate, die im September dieses Jahres gegenüber letzten September auf 3,9% hinaufging.

Trotzdem steht die österreichische Wirtschaft im europäischen Durchschnitt noch relativ gut da. Was sind die Ursachen? Sind die österreichische Unternehmer einfach genial? Die Auslandsnachfrage ist zur Zeit relativ gering - eigentlich eine Tatsache, die zu wirtschaftlichen Problemen führt. Zur Zeit wird dieses Nachfragetief aber durch eine erhöhte Nachfrage der Österreicher abgedeckt. Die Steigerung des Konsums ist höher als die Einkommenssteigerung - das führt zu einer verstärkten Verschuldung der Haushalte bzw. zum Aufbrauchen der Reserven derselben. Außerdem ist Österreich aufgrund der unternehmerfreundlichen Politik der Regierung ein interessantes Land für



Wir
Sie

ausländische Investoren. Großzügige Subventionen und Steuerbegünstigungen (die sich der Staat nachher von uns wiederholt) verbunden mit "sozialem Frieden" (durch die Sozialpartnerschaft) bieten gute Rahmenbedingungen für Unternehmer. Aber das alles ist keine Garantie für das Gedeihen der österreichischen Wirtschaft. Den die Verknüpfung mit der europäischen und vor allem mit der deutschen Wirtschaft führt dazu, daß alle Bewegungen die diese machen, wenn auch verspätet, die österreichische Wirtschaft treffen.

Trotzdem wird die Situation für die Unternehmer härter, da die Konkurrenz schärfer wird. Aber die Kapitalisten haben schon sehr genaue Vorstellungen, wie sie ihre Profite sichern können. Die "Allheilmittel" in diesem Fall heißen Rationalisierung, geringere Lohnsteigerungen und natürlicher Personalabbau. Jeden Tag erreichen uns neue Schreckensmeldungen von Firmen, die wieder einen Teil ihrer Belegschaft abgebaut haben, weil das Management Mist gebaut hat. Immer öfter kommt es vor, daß die Geschäftsleitung verschiedener Firmen an die Betriebsräte herantritt, um aufgrund der "prekären Situation" des Betriebs, weitere "freiwillige" unbezahlte Überstunden fordert!

Gewerkschaften und die SPÖ sind aufgerufen, für ausreichende Einkommen, vernünftige Lebensstandards, Arbeitszeitverkürzung und für Vollbeschäftigung zu kämpfen. Dieser Kampf wird natürlich an die Grenzen der Profitwirtschaft und der Eigentumsverhältnisse stoßen und diese verändern müssen!

Michael Hotvagner SJ 23

Die Angriffe auf uns Lohnabhängige häufen sich von Tag zu Tag. Die Gewerkschaftsführung vertritt nicht mehr die Interessen aller ArbeiterInnen und Angestellte. Versprechungen werden nicht eingehalten.

Als Fritz Verzetznitsch zum ÖGB-Präsidenten gewählt wurde, erklärte er, bis 1992 die 35-Stunden-Woche einführen und 10.000 öS Mindestlohn für alle durchsetzen zu wollen. Tatsache ist, daß die 10.000 öS Mindestlohn erst teilweise durchgesetzt wurden und von der 35-Stunden-Woche nur mehr sehr selten die Rede ist.

Die Gewerkschaftsbürokratie ist nicht einmal im Stande, offensiv gegen die Angriffe Maderthalers, Nettigs und Co. in unser aller Interesse vorzugehen. Da ist es natürlich auch nicht verwunderlich, daß viele ArbeiterInnen und Angestellte das Vertrauen zur Führung des ÖGB vollkommen verloren haben.

Daher fordern wir:

- **Daß die Interessen der ArbeiterInnen und Angestellten vom ÖGB auf Basis eines sozialistischen Programms vertreten werden!**
- **Die Gewerkschaftsführung muß offensiv gegen unsere Ausbeuter vorgehen!**
- **Nur ein starker ÖGB mit einer kämpferischen Basis ist im Stande, in Zukunft soziale Verbesserungen für uns alle durchzusetzen!**

Warum sollen WIR die Krisen ausbaden, für die wir nicht verantwortlich sind?!

Alex Freil SJ 6

Wahl in Salzburg

SPÖ - noch zu retten?

Am 4. Oktober entschieden die Salzburger über den neuen Gemeinderat.

Die SPÖ mußte eine schwere Niederlage hinnehmen. Von ihrer absoluten Mehrheit mit 21 Mandaten verlor sie 9, die ÖVP gewann 2 und hat jetzt 11, die Bürgerliste gewann 2. Die FPÖ schnitt mit 6 Mandaten schlechter ab als erwartet. Erstmals kandidierte die ÖABP (Österreichische Autofahrer- und Bürgerinteressenpartei) und die Liste des Ex-FPÖlers Masopust. Beide erreichten 2 Mandate.

Der Verlust der absoluten Mehrheit ist eindeutig auf die Unfähigkeit der SPÖ-Führung zurückzuführen, sozialistische Antworten auf die drängenden Probleme wie Wohnungsnot und Verkehrschaos zu finden. Zur Zeit gibt es in ganz Salzburg 23.600 Wohnungssuchende, die durchschnittliche Miete liegt bei 150,- ÖS pro m². Die Arbeitnehmer erwarten ein klares Programm - was sie bekommen waren Phrasen, die denen der ÖVP immer ähnlicher werden.

| | 1992 | 1997 |
|-------------|------|------|
| SPÖ | 28,0 | 12 |
| ÖVP | 24,7 | 11 |
| FPÖ | 14,5 | 6 |
| Bürgerliste | 16,5 | 7 |
| ÖABP | 5,8 | 2 |
| Masopust | 5,3 | 2 |

Anstatt zu analysieren, warum die SPÖ diese Wahl verloren hat, anstatt das eigene Versagen einzugestehen, flüchten sich die SPÖ-Funktionäre in Pseudo-Erklärungen wie "Persönlichkeitswahl ist die Zukunft", oder daß gerade SP-Wähler nicht zur Urne gegangen wären. (Warum fragen sie aber nicht!) Die derzeitige Parteiführung hat bewiesen, daß sie nicht handlungsfähig ist. Trotz absoluter Mehrheit (!) wurden den Spekulanten kein Riegel vorgeschoben, die Umweltverschmutzer nicht bestraft und bei der Asylantenhetze mitgemacht.

Die SPÖ-Führung bietet keine Lösungen, enttauscht die Arbeiter und treibt ihre Mitglieder und Wähler jenen Parteien zu, die laut ihre Scheinlösungen verlaublichen, in die Arme. Forderungen nach dem Rücktritt von Bürgermeister Lettner werden laut. Die linken Kräfte in der SPÖ müssen sich organisieren. Die Konsequenzen müssen gezogen werden! Diese Führung wird nie sozialistisch sein - wir müssen einen starken linken Flügel innerhalb der SPÖ aufbauen.

Wir fordern:

- * Ein sofortige Wohnbauoffensive der SPÖ!
- * Enteignung aller Spekulanten!
- * Nulltarif auf allen öffentlichen Verkehrsmitteln und Einschränkung des Individualverkehrs!
- * Radikaler, sozialistischer Kurswechsel der SPÖ - linke Sozial- und Kulturpolitik wird Unterstützung finden!

Alexander Fuchs S.J. Aufbruch/Salzburg

Wenn Du mit uns über unsere Vorstellungen von sozialistischer Politik diskutieren willst, dann komm in unsere Gruppe: **SJ-AUFBRUCH: jeden Freitag 19 Uhr im Pub Schnaitl und 19 Uhr 30 im Internationalen Jugendzentrum in der Gabelsbergerstr. 17/ Salzburg!**

Warum fühlt sich ein großer Teil der Lehrlinge (die zum größten Teil aus der Arbeiterschicht kommen) von der SPÖ und dem ÖGB nicht angesprochen? Warum vertreten viele rechtsradikale und ausländerfeindliche Ideen?

Die meisten Lehrlinge haben in ihren Betrieben Probleme. Die Bezahlung ist schlecht, es gibt keine gute Ausbildung oder die Lehrlinge müssen ausbildungsfremde Tätigkeiten (die nicht zu ihrer Ausbildung zählen) verrichten. Viele sehen ihren Arbeitsplatz nach der Lehre bedroht. (Man nimmt sich lieber einen neuen Lehrling, als den Ausgelernten, dem man ja dann mehr zahlen muß, zu behalten.) Vor allem fühlen sie sich von der derzeitigen SPÖ-Politik nicht vertreten. Dafür fühlen sich aber viele von Haider und seinen Phrasen angesprochen (er zeigt zwar die richtigen Probleme auf, bietet aber nur Scheinlösungen an). Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß gehören leider schon zum Alltag in den meisten Berufsschulen.

Die richtige Lösung wäre aber, daß in- und ausländische Lehrlinge gemeinsam für eine Veränderung der Situation in den Betrieben und Berufsschulen eintreten. Vor allem aber sollten sich die Lehrlinge ihrer Situation bewusst sein und für ihre gemeinsamen Interessen eintreten, denn nur so können Vorurteile wie Ausländerfeindlichkeit abgebaut werden.

Alexander Hummel Aktivist der Themeninitiative der SPÖ 20

Bericht über die Landesberufsschule Waldegg für Gastgewerbe.

Ich bin Lehrling im 2. Lehrjahr und war 10 Wochen als Berufsschüler in Waldegg. Die Berufsschulzeit kann entweder in Wien gemacht werden (übers ganze Jahr verteilt) oder, wie in meinem Fall, in einem Block in Waldegg. Dort ist man in einem Internat untergebracht. Der Tagesablauf unterliegt einem sehr straffen Rahmen und ist fast militärisch organisiert.

6 Uhr 20: Weckdienst
7 Uhr: Abmeldung des Zimmers - nur in sauberem Zustand
7 Uhr 05: Frühstücksbeginn - Anwesenheitspflicht

7 Uhr 30 - 7 Uhr 50: Pause
7 Uhr 50: Unterrichtsbeginn
12 Uhr 10 - 12 Uhr 40: Mittagessen - Anwesenheitspflicht und tischweise Abmeldung beim Lehrer

12 Uhr 40 - 13 Uhr 10: Pause - am üblichen Vormittag darf nicht geraucht werden
13 Uhr 10 - 16 Uhr 40: Unterricht - in den Pausen ist Rauchverbot

16 Uhr 40 - 18 Uhr: Ausgang
18 Uhr 10 - 18 Uhr 30: Abendessen - erst wenn alle Lehrer und Schüler das Essen beendet haben, darf man sich vom Tisch erheben

bis 19 Uhr: Pause
19 Uhr - 20 Uhr: Lernstunde - Überprüfung durch den diensthabenden Lehrer
20 Uhr - 21 Uhr 30: Freizeit innerhalb des Hauses

21 Uhr 30 - 22 Uhr: Waschen - Zimmeranwesenheit und Saubermachen
22 Uhr: Abendkontrolle durch den Lehrer - auch Kastenkontrolle, dann Betruhe, das Licht wird abgedreht

Der Tagesablauf zeigt, daß es kaum Freiräume für die Schüler gibt. Sogar in der Freizeit wird man überwacht. Dazu kommt noch der Lernstreß, da der Stoff extrem gedrängt ist. Aber auch die Wahl der Klassen- und Schulsprecher läuft nicht immer sehr demokratisch ab. Manchmal werden Klassensprecher von Lehrern einfach abgesetzt - begründet wird das dann mit faden-scheinigen Argumenten (z.B. schlechter Schulerfolg). Jeder kleinste Verstoß wird mit Ausgehorbt bestraft.

Den ganzen "Spaß" müssen die Lehrlinge aber auch noch bezahlen. Fast die ganze "Lehrlingsentschädigung" geht dafür drauf und die ist ja nun wirklich nicht viel. 10 Wochen eingesperrt, unter Streß lernen und der Willkür der Lehrer in Schule und Internat ausgesetzt sein - das muß geändert werden.

Ein Lehrling

~~Fürstentum Liechtenstein~~

Am 28.10. hat sich in Liechtenstein eine Krise besonderer Art abgespielt.

Nachdem der Fürst seine Europapolitik im Landtag (=Parlament) durchgebracht hatte, gab er sich damit aber noch nicht zufrieden. Der Landtag hat entschieden, daß der Abstimmungstermin über den EWR-Beitritt am 11. und 13.12. 1992 stattfindet. Dieser Beschluß mißfiel jedoch dem Fürsten und er legte sich quer.

Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß in der Schweiz über den EWR-Beitritt am 6. 12. abgestimmt wird. Der Fürst wollte, daß Liechtenstein unabhängig entscheidet, und nicht durch das Schweizer Ergebnis ohne Rücksackpolitik entsteht.

Um seine Vorstellungen durchzubringen, wollte er bis zum Äußersten gehen. Er wollte am 28.10. den Liechtensteiner Landtag und die Regierung auflösen, und das Land selbst mit dem Notstandsrecht regieren. Eine Sondersitzung des Landtages, zwecks einer Auflösung, und eine Fernsehansprache an das Volk waren schon vorbereitet. Dies ließ sich jedoch die Bevölkerung nicht gefallen. Sie organisierte spontan eine Gegendemo, am 20.000 (für Liechtenstein sind das viele), sich vom Fürsten emanzipierende Liech-

tensteiner teilnahmen. Der Fürst wurde beim Eintreffen ins Regierungsgebäude ausgebuht und ausgepiffen. Dies war die erste Demo gegen den Fürsten seit 1938. Diese Demo und die Bestürzung der Bevölkerung haben den Fürsten dann doch von seinen diktatorischen Maßnahmen abgebracht.

Die Regierung und der Fürst haben trotz alledem noch am selben Tag einen faulen Kompromiß ausgearbeitet:

- die Volksabstimmung findet, wie vom Landtag vorgesehen, am 11. und 13.12. statt.

- die bürgerliche Regierung unterstützt aber bei dem eventuellen Nein zum EWR die Absicht des Fürsten, daß Liechtenstein ein Beitragsgesuch an die EG richtet.

Welchen Kompromiß die Liechtensteiner Regierung eingegangen ist, zeigte der Fürst am 30.10. beim Interview im Schweizer Fernsehen, bei welchem er seine Vision von Europa ungefähr so beschrieb: "Ich kann mir eine EG so vorstellen, wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nation." Der Fürst dürfte wohl nicht bemerkt haben, daß wir im 20. Jahrhundert leben!

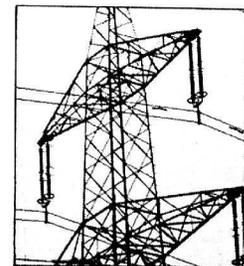
**Markus Kaufmann
S.J. Feldkirch/ Gruppe Rote Aktion**

ÖSTERREICH: ZAHLEN UND FAKTEN

Es gibt zwar immer mehr Beschäftigte - über 3 Millionen - aber auch immer mehr Arbeitslose. Vor allem bei älteren Arbeitnehmern steigt der Prozentsatz der Arbeitslosen rasch an. 1990 waren "nur" 25.666 über 50jährige arbeitslos gemeldet, Ende Juli 1992 waren es bereits 34.721. Und gerade für sie ist die Chance auf einen Arbeitsplatz gering.

Der Druck auf die Arbeitnehmer wird immer stärker. 617.000 Österreicher müssen regelmäßig Überstunden machen, um 90.000 mehr als vor vier Jahren. Dazu kommen aber noch jene, die in keiner Statistik aufscheinen, weil sie unbezahlt gemacht werden müssen. Einerseits sind viele gezwungen, Überstunden zu machen, weil sie aufgrund der sinkenden oder stagnierenden Realöhne auf das Geld angewiesen sind, andererseits weil sie sich aus Angst um den Arbeitsplatz nicht dagegen wehren.

Unternehmer greifen zu immer billigeren Arbeitskräften. Bei Überprüfungen wurden in 40% der Firmen illegale Arbeiter entdeckt. In Niederösterreich waren es sogar 85%, in



**Wir sollen zahlen,
damit sie höhere Dividenden erhalten.**

Wien "nur" 66%. Diese "illegalen", aber auch viele "legale", bekommen nicht einmal den Kollektivvertragslohn bezahlt. Und die Unternehmer verdienen sehr gut!

Wohnen wird endgültig zum Luxus. Jede zweite angebotene Wohnung in Wien hat eine Miete von über 10.000,- und wird nur gegen Ablöse vermietet. 25% der Arbeitnehmerhaushalte haben monatlich weniger als 13.787,- zur Verfügung!

Schlimm ist, daß die Angriffe der FPÖ auf Ausländer immer dreistere Formen annehmen. Im vorgeschlagenen Volksbegehren sind u.a. folgende Forderungen vorgesehen:

* Ausweisungspflicht für ausländische Arbeitnehmer (wie der Judenstern?)
* Begrenzung des Ausländeranteils in Pflichtschulen auf maximal 30%. In Wien beträgt der durchschnittliche Ausländeranteil 31% (!) (Dürfen also einige die Schule überhaupt nicht besuchen oder wollen wir Ghettoschulen?)

* Verankerung in der Verfassung, daß Österreich kein Einwanderungsland ist (Was ist mit Verfolgten, von denen manche meinen, daß sie nicht verfolgt sind?)

Die Bürgerlichen, anstatt den Kurs der FPÖ als unmenschlich und rassistisch zu kritisieren, vollziehen nach, was Jörg Haider fordert (Das war allerdings nicht anders zu erwarten).

Am allerschlimmsten ist die Reaktion der SPÖ-Führung, die darin besteht, zu betonen, daß Teile des Volksbegehrens ohnehin von der Regierung verwirklicht worden sind oder werden. Anstatt die FPÖ-Forderungen als rassistisch zu entlarven, erfüllt die Parteiführung in vorausweisendem Gehorsam und bläst ebenfalls zum Angriff auf Ausländer.

Laut einer Umfrage soll ein Großteil der österreichischen Bevölkerung die Forderung nach einem sofortigen Stopp der Einreise von Ausländern unterstützen (auch von politischen und Kriegsflüchtlings). Sehr viele Leute (Schätzung von Löschnak liegt bei ca. 1 Million) werden dieses Volksbegehren wahrscheinlich unterschreiben. Die Saat ist aufgegangen. Die FPÖ hat zwar nur ungefähr 20% Wählerstimmen, aber sie beeinflusst maßgeblich die Stimmung im Land. "Nachdem die SPÖ-Führung sowieso alles tut, was der Haider sagt - warum nicht gleich den Haider unterstützen!" Hat nicht die SPÖ-Führung gesagt, daß dieses Volksbegehren nur die Emotionen aufschaukelt und nur zu einem österreichischen Rostock führen wird. Aber warum bloß haben sie dann viele politischen Forderungen dieses rassistischen Volksbegehrens bereits verwirklicht. Und wenn nicht, dann wird die Regierung schnell handeln, oder?!

Verstaatlichte - stirb langsam

Die Verstaatlichte schreibt Verluste, sogar die ÖMV. "Eine Verstaatlichte Industrie kann nicht funktionieren, eben weil sie verstaatlicht ist ..." na bitte, was zu beweisen war. Um diesen "Beweis" durchführen zu können, bedurfte es einiger Anstrengung - kein Privatbetrieb würde derartigen Angriffen standhalten:

Jahrelang diente die Verstaatlichte als Billiglieferrant für die Privatindustrie. An einer qualitativen Weiterentwicklung war die Regierung (und somit auch die SPÖ-Führung) nicht interessiert, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung waren einfach lächerlich. Kabarettreife Verfehlungen des größtenteils unfähigen, dafür aber umso besser bezahlten Managements, taten das Übrige.

Wenn ein Betrieb, wie etwa die ÖMV, trotz allem schwer aus der Gewinnzone zu bringen war, dividierte man ihr einfach solange die Verluste anderer Betriebe auf, bis auch sie in den roten Zahlen war. Damit ist "bewiesen", daß in der Verstaatlichten allgemein eingespart bzw. abgespeckt werden muß - wie, das wurde bereits in den 80er Jahren am Beispiel VOEST eindrucksvoll vor Augen geführt.

Eingespart wird zuallererst beim Personal: In der Chemie Linz plant der Vorstand Abbau von Sozialleistungen, Lohnrundenverzicht und fünfprozentige Lohnkürzungen. In der ÖMV Gruppe (inklusive PCD, Chemie,...) sollen 1992 insgesamt 600 Arbeitsplätze abgebaut werden. In der ÖMV AG wurden die Firmenpensionen gekürzt und die Sonderzahlungen gestrichen - Erfolgsprämien für das Management wurden

allerdings ausbezahlt. Den Aktionären wurde eine 20%ige Dividende in Aussicht gestellt, die eventuell aus Rücklagen (!) gedeckt werden soll.

Die ÖMV soll laut Verstaatlichtenminister Klima möglichst bald verkauft werden, damit die Muttergesellschaft Austrian Industries (AI) aus dem Verkaufserlös den vorgesehenen Gewinn abwerfen kann. Danach sollen AI und die Holdinggesellschaft ÖIAG (wieder einmal) munter umstrukturiert werden (etwa um Privatisierungen und Personalabbau besser verschleiern zu können?). Die Angriffe gegen die Verstaatlichte Industrie werden nicht aufhören, bis sie völlig zerschlagen ist oder wir uns dagegen wehren!

Andrea Koch aus der SJ ausgeschlossen

NEU * NEU * NEU * NEU * NEU

VORWÄRTS - BROSCHÜRE

*"Was ist Faschismus? -
...und wie wir ihn bekämpfen!"*

**Aktuelles, Historisches und
Theoretisches zum
Thema Faschismus**

**Um nur 30.- (inkl. Porto)
bei der Redaktion zu bestellen.
PSK Konto 8812.733**

Dafür kämpft Vorwärts:

- * **Sofortige Einführung der 35-Stunden Woche bei vollem Lohn**
- * **12.000,- Mindestlohn netto für alle Arbeitnehmer!**
- * **Einen garantierten Ausbildungsplatz für jeden und demokratische Schulen**
- * **30 m² Wohnraum für jeden, Mieten bis max. 20 % des Nettoeinkommens!**
- * **Schluß mit Sozialabbau und Privatisierungspolitik**
- * **Kein Ausverkauf der Verstaatlichten!**
- * **Für eine SPÖ-Alleinregierung mit sozialistischem Programm!**
- * **Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung.**
- * **Facharbeiterlohn für Funktionäre, um bükratische Auswüchse zu verhindern**
- * **Ein sozialistisches Europa als Schritt zu einer neuen Weltordnung!**

Ich möchte

VORWÄRTS

unterstützen und bitte
um weitere Informationen ○

Name

Anschrift



ICH MÖCHTE:

VORWÄRTS abonnieren

5 Ausgaben zu 50.- ÖS

10 Ausgaben zu 100.- ÖS

ein VORWÄRTS-Förderabo
zuÖS beziehen

Auslandsabo (5 Ausgaben: 80.-)

Einsenden an:
Verein Vorwärts zur sozialistischen
Demokratie
PF2, A-1082 Wien